

Washington News

Nr. 44 vom 20. Dezember 2018

- Diese Woche in Washington
- GLOBAL: USTR-Anhörung zu EU-US Gesprächen
- Vorschläge zur Verringerung des Haushaltsdefizits
- GLOBAL: USTR bestätigt Frist im Handelsstreit mit China
- US-Bundesrichter erklärt „Obamacare“ für verfassungswidrig
- Stärken und Schwächen der US-Wirtschaft aus Sicht der deutschen Industrie
- Happy Holidays!
- GLOBAL: Änderungen bei Russland-Sanktionen
- US-Landwirte erhalten weitere Unterstützung
- Zukunft der Arbeit

Diese Woche in Washington

Nachdem der Senat am Mittwochabend einer temporären Verlängerung der Finanzierung der Regierung per *continuing resolution* (CR) zugestimmt hat, gilt ein *government shutdown* vor den Feiertagen als unwahrscheinlich. Trotz Gegenstimmen rechtskonservativer republikanischer Abgeordneter wird damit gerechnet, dass auch das Repräsentantenhaus der CR zustimmt. Damit wäre die Finanzierung der Regierung bis zum 8. Februar 2019 gesichert und der Streit zwischen den Demokraten und Präsident Trump um den Mauerbau vertagt.

In einem gemeinsamen Brief an den US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross haben der Vorsitzende des Finanzausschusses im Senat Orrin Hatch (R-UT) und sein demokratischer Kollege Ron Wyden (D-OR) ihren Unmut zum Ausdruck gebracht, dass die Bearbeitung der Anträge, von den 232-Importzöllen auf Stahl und Aluminium ausgenommen zu werden, zu unklar und zu langsam sei. Von den derzeit eingereichten 29.700 Anträgen, seien 11.700 seit über 106 Tagen unerledigt. 4.900 warteten seit mehr als 150 Tagen auf ihre Bearbeitung. Dies entspreche nicht der im *Federal Register* angekündigten maximalen Bearbeitungszeit von 106 Tagen. Die beiden Senatoren kritisieren weiter, dass Ablehnungen aufgrund von Formfehlern nicht ausreichend begründet würden.

Clete Willems, *Deputy Assistant* für internationale Ökonomie im Weißen Haus, hat auf einer Veranstaltung der *Washington International Trade Association* (WITA) unterstrichen, dass sich die USA nicht vom Multilateralismus abgewandt hätten. Das multilaterale System von Welthandelsorganisation (WTO), Weltbank und Internationalem Währungsfonds sei zu wichtig, um seine Schwächen einfach zu ignorieren. Es sei daher ein bedeutender Schritt, dass führende Länder jetzt

Kurzmeldungen



Happy Holidays!

Liebe Leserinnen und Leser,
der Delegierte der Deutschen Wirtschaft, die Redaktion der *Washington News* und das gesamte Team des RGIT wünschen Ihnen frohe Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Wir danken Ihnen für Ihren Zuspruch und Ihre Anregungen und freuen uns, auch im kommenden Jahr für Sie aus Washington zu berichten.
Die erste Ausgabe der *Washington News* erscheint im neuen Jahr am 10. Januar.
(cs)

Reformvorschläge insbesondere zur WTO machen. Details zu den Vorschlägen der USA nannte er nicht. Hierfür sei der US-Handelsbeauftragte zuständig.

Fast ein Jahr nach der Verabschiedung der jüngsten Steuerreform hat das US-Finanzministerium die Guidelines zur Umsetzung der *Base Erosion and Anti-Abuse Tax* (BEAT) veröffentlicht. Unter anderem wird erläutert, wie der entsprechende Steuerbetrag errechnet wird. Das 193 Seiten umfassende Gesamtdokument findet sich [hier](#). (cs/ch)

GLOBAL: USTR-Anhörung zu EU-US Gesprächen

Am 14. Dezember hielt der US-Handelsbeauftragte (USTR) eine ganztägige Anhörung zu den geplanten EU-US-Handelsgesprächen ab. [Über 30 Stakeholder](#) legten ihre Empfehlungen zu Inhalten und Verhandlungszielen dar. Der USTR ist verpflichtet, seine Verhandlungsziele mindestens 30 Tage vor dem Beginn von Verhandlungen zu veröffentlichen, hat allerdings noch keine Angaben gemacht, wann die Ziele für die Gespräche mit der EU zu erwarten sind.

Unter den Stakeholdern waren auch zahlreiche Vertreter der US-Landwirtschaft, die unterstrichen, Agrarprodukte müssten Teil der Verhandlungen sein. US-Autobauer rieten, US-Autozölle nur zu senken, wenn auch Zugeständnisse auf EU-Seite gemacht würden, insbesondere im regulatorischen Bereich. Das gemeinsame Statement von US-Präsident Trump und dem Präsidenten der Europäischen Kommission Juncker zu den geplanten Gesprächen hatte von einem Nullzollabkommen für Industriegüter exklusive der Automobilbranche gesprochen. (fl)

Vorschläge zur Verringerung des Haushaltsdefizits

Im Haushaltsjahr 2018 betrug das US-Haushaltsdefizit 779 Milliarden US\$. Dies entspricht 3,8% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die öffentliche Staatsverschuldung stieg auf 78% des BIP, was den höchsten Prozentsatz seit 1950 darstellt. Das *Congressional Budget Office* (CBO) legt regelmäßig ein Kompendium politischer Optionen vor, um den Kongress darüber zu informieren, wie die Staatsausgaben gesenkt oder die Staatseinnahmen erhöht werden können. [Der jüngste Bericht](#) enthält 121 Optionen.

Mögliche Einnahmequellen umfassen neue Steuern. Eine Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes um 1 Prozentpunkt von 21 auf 22% könnte in den kommenden zehn Jahren 96 Milliarden US\$ einbringen. Durch die Erhebung einer CO2-Steuer könnten die Staatseinnahmen um 1,1 Billionen US\$ steigen. Drei alternative Varianten einer Umsatzsteuer könnten zwischen 1,9 und 3 Billionen US\$ einbringen. Andere Einsparungen könnten sich durch Änderungen bei den staatlichen Leistungen ergeben. Zum Beispiel identifiziert das CBO beim *Medicaid*-Programm, das Bürgern mit niedrigen Einkommen, Familien mit Kindern und älteren oder behinderten Menschen bei den Gesundheitskosten hilft, potenzielle Einsparungen in Höhe von 805 Milliarden US\$. (ch)



GLOBAL: Änderungen bei Russland-Sanktionen

Am Mittwoch verkündete das US-Finanzministerium eine [Aufhebung der Sanktionen](#) gegen drei der von dem russischen Oligarchen Oleg Deripaska kontrollierten Firmen – EN+, Rusal und JSC EuroSibEnerg (ESE). Nun hat der US-Kongress 30 Tage Zeit, die zwischen dem Ministerium und den Firmen getroffene Vereinbarung zu überprüfen. Die Verhandlungen zum möglichen Delisting eines anderen Deripaska-Unternehmens – des Autokonzerns GAZ Group – laufen unterdessen weiter. Gleichzeitig hat das US-Finanzministerium mehrere Personen und Unternehmen wegen vermeintlicher Einflussnahme auf die US-Wahlen, dem Hackerangriff auf die Welt dopingagentur WADA, dem Giftanschlag auf die Skripals, der Unterstützung für Deripaska und anderer Aktivitäten Russlands [sanktioniert](#). (ch)

US-Landwirte erhalten weitere Unterstützung

Am Montag gaben Präsident Donald Trump und das US-Landwirtschaftsministerium bekannt, dass US-Landwirte nun die

GLOBAL: USTR bestätigt Frist im Handelsstreit mit China

Der US-Handelsbeauftragte (USTR) hat den 2. März 2019 als Frist für eine Einigung im Handelsstreit mit China bestätigt. In der Mitteilung des USTR heißt es weiter, dass die für Januar geplante Erhöhung der *Section 301*-Zölle auf chinesische Waren mit einem Gesamtwert von 200 Milliarden US\$ von derzeit 10% auf 25% bis dahin verschoben wird. Im Rahmen des G20-Gipfels in Buenos Aires hatten die USA und China eine 90-tägige Verhandlungszeit vereinbart, während der keine Zölle erhöht werden. Interessenverbände, wie der Business Roundtable, kritisieren, dass 90 Tage nicht ausreichen, um die strukturellen Probleme der Wirtschaftspolitik Chinas detailliert anzusprechen. Chinas Präsident Xi Jinping hielt am Dienstag eine eineinhalbstündige Rede zum 40. Jubiläum der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik, in der er die Bedeutung der Kommunistischen Partei für den Fortschritt Chinas hervorhob, handelspolitische Themen aber nicht erwähnte. (kw)

US-Bundesrichter erklärt „Obamacare“ für verfassungswidrig

Mit der im vergangenen Jahr verabschiedeten Steuerreform wurde auch der verpflichtende Kauf einer Krankenversicherung aufgehoben (*individual mandate*). Diese Änderung führte zu einer neuen Argumentation unter Juristen: Bislang hatte der Oberste Gerichtshof der USA die Verfassungsmäßigkeit des *Affordable Care Act* (ACA, „Obamacare“) nur aufgrund des *individual mandate* aufrechterhalten. Da diese Vorschrift mit der Steuerreform abgeschafft wurde, sei folglich auch das gesamte Gesundheitsgesetz verfassungswidrig. Am vergangenen Freitag stimmte ein US-Bundesrichter in Texas diesem Argument zu.

Das Urteil hat eine Debatte über die Zukunft des ACA ausgelöst. Obwohl das *individual mandate* unpopulär ist, sind andere Vorschriften unter *Obamacare* weiterhin beliebt, beispielsweise der Schutz für Menschen mit bestehender Vorerkrankung. Der Generalstaatsanwalt Kaliforniens, Xavier Becerra, hat angekündigt, Berufung gegen das Urteil einzureichen. Laut der Pressesprecherin des Weißen Hauses, Sarah Huckabee Sanders, bleibt ACA während des Berufungsverfahrens in Kraft. (ch)

Stärken und Schwächen der US-Wirtschaft aus Sicht der deutschen Industrie

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die USA bleiben ein hochattraktiver, technologiegetriebener und finanzkräftiger Standort. Steigende Kosten und Protektionismus erschweren aber die Geschäfte. Die vollständige „SWOT-Analyse - USA (November 2018)“ können Sie nach kurzer Registrierung kostenfrei hier herunterladen. (gtai)

zweite und letzte Tranche an Zahlungen aus dem US-Hilfspaket erhalten, das Verluste durch Handelskonflikte ausgleichen soll. Das Paket von 12 Mrd. USD war im Juli bewilligt worden, erste Zahlungen wurden im August durchgeführt. US-Agrarprodukte wie z.B. Sojabohnen, Hirse, Fleischprodukte, aber auch Früchte und Milchprodukte waren von vielen US-Handelspartnern mit Retorsionsmaßnahmen belegt worden, nachdem die USA neue Zölle auf Stahl, Aluminium und verschiedene chinesische Produkte eingeführt hatte. (fl)

Zukunft der Arbeit

Die von der *Information Technology and Innovation Foundation* (ITIF) und der Bertelsmann Stiftung gemeinsam veröffentlichte Publikation [*The Future of Work: A Guide for Transatlantic Policymakers*](#) übersetzt die umfangreich vorhandene Forschung zum Thema „Zukunft der Arbeit“ in konkrete Politikrichtlinien. Für eine erfolgreiche Strategie müssten demnach die folgenden vier Bereiche in den Fokus der Politik eines Landes rücken: (1) wirtschaftliche Struktur, (2) Arbeitsmarktbedingungen und Unterstützungsleistungen, (3) soziale Lage und Sicherheit sowie (4) Arbeitnehmerqualifikationen. Die Studie vergleicht Deutschland,

Frankreich, Spanien und die Vereinigten Staaten und kommt zu dem Schluss, dass Deutschland für die Zukunft der Arbeit derzeit am besten aufgestellt ist. (cs)



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Dr. Christoph Schemionek

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:
Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com

